

**20 Jahre friedliche Revolution 1989 bis 2009 -  
Die Sicht der Bürger der neuen Bundesländer -**

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie zur heutigen Pressekonferenz, auf der wir speziell Positionen der Bürger der neuen Bundesländer zur friedlichen Revolution und ihren Ergebnissen bzw. Wirkungen vorstellen wollen.

Ihnen ist bekannt, dass die Volkssolidarität seit 1990 regelmäßig jährlich eine Erhebung unter Bürgern der neuen Bundesländer (inkl. Berlin-Ost) durchführen lässt - erstmalig Ende 1989 mit dem ersten Altenreport der DDR, dem inzwischen jährlich Sozialreporte über die Lage in den neuen Bundesländern sowie einzelne Länderreports gefolgt sind. Die diesjährige Erhebung beruht auf den Aussagen von rd. 1.900 Bürgern der neuen Länder (inkl. Berlin-Ost). Die Gesamtergebnisse werden Ende des Jahres als Sozialreport 50+ vorgestellt.

Wir haben uns für die heutige Pressekonferenz entschieden, weil die Aussagen zu 20 Jahren friedliche Revolution am Ende des Jahres weniger interessant sein werden, während sie jetzt noch die gegenwärtige aktuelle Diskussion befruchten können.

Nicht zuletzt wirkt der "demografische Wandel" auch auf zunehmende Begrenzungen hinsichtlich der Zahl der Bürger und deren soziale Struktur, welche Aussagen zur Zeit vor, während und nach dem Herbst 1989 aus eigenem Erleben vornehmen und Entwicklungen beurteilen können. Die Bewertung der Ergebnisse der friedlichen Revolution auf der Grundlage der Aussagen von "Zeitzeugen" wird immer schwieriger, da inzwischen eine Generation verstorben (3 Mill.), eine, die nie in der DDR gelebt hat, nachgerückt ist (1,8 Mill.) und Millionen durch Ab- und Zuwanderung (2,7 Mill./1,6 Mill.) einen teilweisen Bevölkerungsaustausch vollzogen haben. Daraus folgt u. a.:

- Nur noch rd. 60 % der in den neuen Ländern Lebenden sind aussagefähig zur Zeit vor und während des Herbstes 1989 aufgrund eigenen Erlebens.
- Jüngere übernehmen vor allem die Auffassungen ihrer Eltern zum Leben im Osten (81 %).
- Die Generationen, welche weitgehend die friedliche Revolution trugen, haben inzwischen das Renten- bzw. Vorrentenalter erreicht.

Aus den Ihnen vorliegenden Materialien lassen sich folgende Hauptaussagen ableiten:

**Erstens: Es ist ein Erfolg der Bürger der neuen Bundesländer, die friedliche Revolution bewirkt und damit die notwendigen Bedingungen für die deutsche Einheit geschaffen zu haben.**

Rd. 40 % der heute ab 35-jährigen Ostdeutschen - mehrheitlich jetzt zwischen 40. und 70. Lebensjahr - nahmen 1989 an Demonstrationen, betrieblichen sowie örtlichen Protestveranstaltungen/Aktivitäten teil und erzwangen den "Mauersturz" und die friedliche Neugestaltung. Insbesondere Bürger mit abgeschlossener beruflicher Bildung und städtische Bevölkerung waren Träger der Aktivitäten. 12 % der ab 35-Jährigen geben heute an, seinerzeit gegen Aktivitäten genannter Art gewesen zu sein.

Der Herbst 1989 war durch das Handeln Millionen Ostdeutscher geprägt - ohne die Rolle von Einzelpersonen dabei leugnen zu wollen - und belegt bis in die Gegenwart, dass auch in einem demokratisch nicht legitimierten System freiheitlich-rechtliches Handeln Vieler zu grundlegenden Veränderungen führen kann.

**Zweitens: Die Bürger anerkennen den in den vergangenen Jahren erreichten grundlegenden Wandel, benennen aber auch die erkennbaren Defizite vor allem seit Beginn des neuen Jahrtausends.**

Die 1989 vorhandenen Vorstellungen zur weiteren Entwicklung wurden in vielen Bereichen erreicht, teilweise überboten. Mit "besser als 1989/90 erwartet" findet Anerkennung: das erreichte Waren- und Dienstleistungsangebot (72 %), veränderte Wohnverhältnisse und -bedingungen (62 %), die Gestaltung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse (56 %) sowie neuer Freiheiten in Bezug auf Reisen (61 %) und eine selbstbestimmte Lebensgestaltung (52 %).

Aber Akzeptanz und Anerkennung erreichter Erfolge dürfen nicht ausschließen, sich kritisch zu verhalten, Missstände zu benennen, Rückstände anzuprangern, um sie zu überwinden. Hinter den ursprünglichen Erwartungen - "schlechter als erwartet" - liegen die Einkommensentwicklung (41 %), das Gesundheitswesen (44 %), Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit (51 %) sowie die Angleichung der Lebensverhältnisse (54 %).

Insgesamt sind (2009)

- 44 % der Bürger mit ihrem Leben alles in allem zufrieden, 17 % sind unzufrieden. Wenn die beste Sicherheit eines Staates die Zufriedenheit der Bürger ist (Schorlemmer), so ist hervorzuheben, dass seit 1990 die Zufriedenheit zunächst rapide zugenommen hat (von 33 % auf 59 % bis 1999), seitdem aber intervallartig auf 44 % gesunken ist. Den deutlichsten Abfall verzeichnen Senioren (von 2005 mit 67 % auf 53 % im Jahr 2009).
- Ihre wirtschaftliche Lage bewerteten Ende 1989 rd. 40 % mit gut, 1999 rd. 47 % und 2009 waren es nur noch 32 % - als schlecht kennzeichneten sie 24 % (2009).

Zugleich geht über die Hälfte der Befragten davon aus, dass es ihnen in fünf Jahren schlechter gehen wird.

Es wurde in den letzten Jahren ein Klima der Zukunftsverunsicherung erzeugt, welches sicher auch für Westdeutschland gilt, aber nicht zuletzt auch die soziale Integration der Ostdeutschen in die Gesellschaft behindert.

Im Gegensatz zu den ersten Jahren nach der friedlichen Revolution führte insbesondere die fortgesetzte Politik der Sozialreformen - mit zum Teil tiefgreifenden Einschnitten in die Lebenslagen der Bürger - dazu, dass die Zufriedenheiten, Hoffnungen und Erwartungen seit 2000 - trotz zeitweiliger Gegenläufigkeit - eine sinkende Tendenz haben.

Dabei geht es den Bürgern keineswegs nur um "mehr Leistungen", sondern um mehr soziale Chancengleichheit und gleichberechtigten Zugang in eingangs genannten Bereichen.

**Drittens: Die Deutsche Einheit hat vieles gebracht, ist aber immer noch nicht vollendet. Vielen Menschen in den neuen Bundesländern fehlt inzwischen der Glaube an das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse.**

Nur jeder fünfte Ostdeutsche (19 %) sieht keine bzw. geringe Unterschiede zwischen Ost und West, 53 % sehen noch große Unterschiede und für 8 % werden sie größer bzw. auch in 50 Jahren noch nicht überwunden sein (21 %). Obwohl die positiven Wertungen seit 2002 zugenommen haben (von 7 % auf 19 %) gilt mehrheitlich die Einheit als nicht vollzogen, da noch große Unterschiede bestehen, die zum Teil zunehmen bzw. erst in mehreren Jahrzehnten überwunden sein werden.

Positive Wertungen geben vor allem Jüngere (27 %), Hochschulabsolventen (22 %) und höhere Einkommensbezieher (32 %) ab. 50- bis 60-Jährige sehen eher zunehmende bzw. unüberwindbare Unterschiede (34 %) ebenso wie Arbeitslose (51 %).

Ostdeutsche sehen sich als Gewinner (38 %) und Verlierer (23 %) bzw. bewerten für sich sowohl Gewinne als auch Verluste (30 %) seit den Jahren nach der friedlichen Revolution.

Das von der Politik verstärkt hervorgehobene Verständnis dafür, dass sich die Ostdeutschen als "Bürger zweiter Klasse" fühlen (Bundesminister Tiefensee) reflektiert sich gerade in den Bewertungen zum Erreichten in den vergangenen Jahren. Es ist mehrheitlich nicht mit allgemeiner Unzufriedenheit verbunden, sondern mit dem Fehlen von Möglichkeiten, die Angleichung an westliche Lebensverhältnisse durch eigenes Handeln erreichen zu können. Entweder weil Arbeit fehlt und damit die Voraussetzung für ein der eigenen Leistung entsprechendes Einkommen oder weil - z.B. bei Senioren - eine fehlende hinreichende Alterssicherung nicht mehr rückwirkend erreicht werden kann.

**Viertens: Der Herbst 1989 war eine "Sternstunde" der Demokratie mit hoher Mitwirkung und Interessenartikulation. Inzwischen gewinnt der Widerspruch zwischen Demokratie als Wert und Demokratierealisierung ein zunehmendes Gewicht, ebenso wie die Ergänzung der Wahlen durch plebiszitäre Elemente und Aktionen.**

Seit 1989 hat auch eine Positionsprüfung in Bezug auf Demokratie und demokratisches Verhalten stattgefunden. Nach wie vor hat Demokratie einen hohen Stellenwert: 67 % halten sie für sehr wichtig/wichtig und 10 % für weniger bzw. unwichtig.

Zufrieden mit der Demokratie sind 11 %, zufrieden mit ihrem politischen Einfluss sind 7 %.

Volksentscheide, Abstimmungen der Bürger zu Sachverhalten, die ihr Leben betreffen, sind im Grundgesetz verankert, aber in der Praxis werden sie eher stiefmütterlich behandelt, auf Bundesebene be-/verhindert.

60 % der Bürger wollen über Abstimmungen in Sachentscheidungen, die ihr Leben betreffen, einbezogen sein - während es 21 % völlig reicht, alle vier bis fünf Jahre wählen zu gehen. 57 % gehen davon aus, dass man mit Volksabstimmungen viel bewegen kann. Das steht allerdings im Widerspruch zu den kürzlich veröffentlichten Ergebnissen zur Teilnahme an Abstimmungen - allerdings bezogen auf Internetanträge an den Bundestag. Auch sonst sind die Zeichnungsmöglichkeiten eher einengend.

Es ist offensichtlich, dass die Bürger nicht hinreichend eigenen Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse spüren. Der Glaube an Aussagen von Politikern ist zunehmend verloren gegangen (nur 0,4 % glauben an Aussagen der Politiker vor der Wahl, 38 % teilweise, 59 % glauben ihnen nicht). Auch hier hat sich in den Jahren seit 1989 ein Wandel vollzogen.

**Fünftens stehen die Bürger der neuen Bundesländer für die Einheit der Grundwerte, welche nicht Freiheit gegen soziale Sicherheit oder Freiheit gegen Gerechtigkeit aufwiegt oder umgekehrt.**

So wenig wie es Freiheit ohne Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit gibt, so wenig ist soziale Sicherheit langfristig ohne Freiheit realisierbar.

Insgesamt erweist sich - wie in vergangenen Jahren auch - dass es eine eindeutige Altersspezifik in Bezug auf Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit - insbesondere mit zunehmendem Alter - gibt, ebenso wie in Bezug auf Freiheit bei den jüngeren Jahrgängen.

Über die genannten Grundwerte hinaus stehen an der Spitze der Werte: Arbeit, Familie, Wohnung und Einkommen als jene Bereiche, die von den Bürgern für ihr Leben als besonders wichtig angesehen werden.

Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch Entwicklungen gibt, die den freiheitlich-demokratischen Werten entgegenstehen. So gibt es durchaus Veranlassung, dass jeder Bürger seine Positionen zu Ausländern und rechtsextremen Auffassungen kritisch prüfen sollte. Dabei sind es keineswegs nur "die Jungen", die sich ausländerunfreundlich verhalten.

**Sechstens: Die Mehrheit der Ostdeutschen fühlt sich (noch) nicht hinreichend als Bundesbürger integriert. Es ist nicht vorrangig ein verklärender "Rückblick", der die Haltung zur Bundesrepublik beeinflusst, sondern die gegenwärtige wirtschaftliche Situation und der damit verbundene soziale Status sowie geringe Zukunftserwartungen.**

Im Jahresbericht der Bundesregierung "Zum Stand der deutschen Einheit 2009" wird völlig richtig festgestellt, dass "es noch immer Defizite bei der inneren Einheit gibt", dass es notwendig ist, "Fortschritte bei der gesellschaftlichen und sozialen Einheit zu erzielen. Hierzu zählen gegenseitige Anerkennung, Respekt und Verständnis für unterschiedliche Positionen, Überzeugungen und Lebensleistungen". (S. 30)

Anerkennung hat m. E. drei Aspekte:

- bezogen auf das Leben in der DDR,
- bezogen auf die historischen Leistungen im Herbst und Frühjahr 1989/1990
- und bezogen auf die wirtschaftlichen, politischen und damit verbundenen sozialen Entwicklungen seit 1990.

Die Untersuchung bestätigt, dass sich nur rd. ein Drittel der ab 35-jährigen Bürger hinsichtlich ihres Lebens in der DDR anerkannt fühlt und ein Drittel "teilweise". Ich darf sagen, dass ich auf der Seite derer stehe, die davon ausgehen, dass 1989 "nicht die Menschen gescheitert sind, sondern das System" (Frau Blechinger - Justizministerin - Brandenburg - 8.07.09 in Potsdam). Integration heißt, anders gelebtes Leben, mit anderen Wertvorstellungen, anderen sozialen Strukturen, sich unterscheidender kultureller Vielfalt anzuerkennen.

Die Untersuchung unterstützt auch die Auffassung, dass "die Ostdeutschen selbstbewusst sein können, da sie es waren, welche die Mauer zum Einsturz brachten" (Min. Tiefensee - 01.07.2009). Wenn auch die internationale Einbindung (Rolle Gorbatschows) hervorgehoben wird, so sind 56 % der ab 35-Jährigen der Auffassung, dass es vor allem als aner kennenswerte Leistung der DDR-Bürger zu würdigen ist - und nicht nur im Vorfeld von Wahlen und Jahrestagen.

Schließlich seien auch die Umstellungs- und Anpassungsleistungen hervorgehoben, welche der angeblich fehlenden Flexibilität und Mobilität der Ostdeutschen widersprechen:

- 2,7 Millionen Bürger haben seit 1990 die neuen Länder Richtung Westen verlassen - sind der Arbeit hinterher gezogen (insbesondere junge Frauen), 400.000 pendeln täglich/wöchentlich in die alten Länder;
- von den Daheimgebliebenen übten bereits 1999 rd. 42 % eine grundlegend andere Tätigkeit aus;
- 67 % der heute 35- bis 60-Jährigen verfügen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 34 Monaten.
- Hinzu kommen auch die enormen Anpassungsleistungen z. B. in Bezug auf ein völlig anderes Sozialrecht, andere Bildungswege und zunehmende soziale Unterschiede.

Die genannten Entwicklungen tragen maßgeblich dazu bei, dass:

- sich 25 % der Bürger der neuen Bundesländer als "richtige Bundesbürger" fühlen, 10 % die DDR wiederhaben wollen und 60 % mit "weder-noch" antworten. Das ist seit 1997 ein Anstieg von 16 auf 25 %. Arbeitslose wollen zu 26 %, in prekären Arbeitsverhältnissen Tätige zu 24 % die DDR wiederhaben

- sich 47 % (stark) mit der Bundesrepublik verbunden fühlen und 10 % gar nicht, 40 % wenig (Altersgruppe 50 bis 60 Jahre zu 38 % stark verbunden).

Meine Damen und Herren,

unser Verband hat im Ergebnis der friedlichen Revolution sein ursprüngliches Profil wieder angenommen und zugleich ein neues Profil gewonnen. Wir vertreten heute aufgrund der Mitgliederstrukturen - über unsere 350.000 Mitglieder, Mitarbeiter und Betreute hinaus - sowohl die Interessen älterer Menschen bzw. zukünftiger Älterer sowie als Träger von Kindereinrichtungen, in denen täglich rd. 40.000 Kinder betreut werden, auch die Interessen der "jungen Generation", inkl. deren "Elterngeneration".

Interessenvertretung unsererseits schließt auch weiterhin eine unabhängige Analysentätigkeit zur sozialen Situation der Mitglieder, Mitarbeiter und zu Betreuenden ein, insofern werden wir auch in Zukunft regelmäßig Berichte/Positionen dazu erarbeiten bzw. erarbeiten lassen. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich beim SFZ.

Wir werden allerdings auch in Zukunft kein "Zustimmungsverband" sein, sondern die Entwicklung kritisch analysieren.

Die Forderungen unseres Verbandes zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse lassen sich verdichtet zusammenfassen:

- Nicht zuzulassen, dass die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise den Arbeitsmarkt erneut ausdifferenzieren zu Ungunsten des Ostens und damit der Wanderungsbewegung neue Impulse verleihen. Schaffung von Arbeitsplätzen ist und bleibt der Hauptweg zur Angleichung der Lebensverhältnisse.
- Durchsetzung eines flächendeckenden einheitlichen Mindestlohnes sowie Herstellung einheitlicher Tarifgebiete welche in den Zweigen und Branchen keine unterschiedlichen Mindestlöhne Ost und West akzeptiert, sowie Anhebung der Hart IV-Leistungen ebenso wie Angleichung des Aktuellen Rentenwertes Ost an West - nicht erst 2032. Das sind zugleich wichtige Voraussetzungen zur Vermeidung von Armut im Erwerbs- und Rentenalter.
- Mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen bei Entscheidungen, welche ihr Leben betreffen.
- Akzeptanz der Leistungen und unterschiedlichen Entwicklungen der Bürger in Ost und West, ohne einseitige "Leitbilder" - mehr Miteinander statt Gegeneinander.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.